

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

LITERATUR

Dr. Arnold Gysin, «Arbeitsrecht». Mit einer Übersicht über Lösungsversuche des Auslandes. 192 Seiten. Geb. Fr. 12.—, brosch. Fr. 10.—. Polygraphischer Verlag AG., Zürich.

Dieses aktuelle und bedeutsame Werk kann hier nur vorläufig angezeigt und mit einem summarischen Hinweis gewürdigt werden. Eine ausführliche Besprechung behalten wir uns vor. Der Verfasser hat bei der Aufstellung des Aktionsprogramms «Neue Schweiz» am Abschnitt über die *Arbeit* initiativ und entscheidend mitgewirkt und nicht umsonst betont, wie kompliziert und im bürgerlichen Staat noch unabgeklärt diese Materie ist. — Aus dem Ringen mit diesem Stoff ist das vorliegende Werk entstanden, und diese umfassende Darstellung wird dem Juristen wie dem Politiker hochwillkommen sein. Von ganz besonderem Interesse sind die Abschnitte über die *Arbeitsverfassung* — ein Gebiet, das noch weitgehend einer künftigen, kollektivrechtlichen Ausgestaltung harret; sodann die Zusammenstellung des speziellen Arbeitsrechtes einiger *Kantone*, ebenso die knappe, aber im wesentlichen eingehende Beleuchtung der ausländischen Regelungen, vor allem des Rechts der Sowjetunion. Leider fehlt ein Sachregister, doch erleichtert das ausführliche Inhaltsverzeichnis das Nachschlagen nach einzelnen Materien. st.

«Vormundschaftsrecht». Veröffentlichungen der Schweizerischen Verwaltungskurse an der Handelshochschule St. Gallen, Bd. 1, 155 Seiten, kart. Fr. 7.80. Verlagsanstalt Benziger & Co., AG., Einsiedeln/Köln.

Ein Sammelwerk von 10 Abhandlungen, die von ebenso vielen Dozenten an der Handelshochschule St. Gallen zu Einzelfragen des Vormundschaftsrechtes gehalten wurden. Das Buch trägt die Vor- und Nachteile einer solchen Kollektivbearbeitung an sich. Die Verschiedenheit der Gesichtspunkte und der Darstellungsweise der Autoren macht es lebendig, ander-

seits fehlt eine einheitliche Gestaltung, und die einzelnen Abschnitte sind verschieden an wissenschaftlichem Wert und praktischer Nützlichkeit. Der eine und andere Verfasser begnügt sich mit der Darlegung der Gesetzesbestimmungen, während von anderer Seite wieder die Praxis und die umstrittenen Fragen gründlicher erörtert werden. Dem Laien gibt das Werk zweifellos einen guten und raschen Überblick über diesen wichtigen Teil des Familienrechtes. Auch der Anwalt und vor allem der Beamte des Vormundschaftswesens wird in vielen Fällen das Buch mit Vorteil konsultieren. In dieser Hinsicht sei insbesondere auf die Kapitel über prozeßrechtliche Fragen (Dr. Fr. Nehrwein, Zürich) und über die Verantwortlichkeitsprobleme (Dr. L. Wille, Zürich) hingewiesen. st.

Fritz Baumann, «Flüchtlingsfürsorge». Was wurde getan, was ist zu tun? — Separatdruck aus dem «Neuen Bund». 16 Seiten, Fr. —.20. Auslieferung durch das Schweiz. Arbeiterhilfswerk, Wibichstraße 81, Zürich.

Die Probleme der Flüchtlingshilfe sind bekannt und unbekannt zugleich. Wer hat nicht von Not und Elend der Emigranten schon gehört, und auch von den Sorgen, die der Schweiz erwachsen, wenn sie dieser Not sich großzügig, im Geiste der Tradition unseres Asylrechtes annehmen möchte? Man hört von beglückender Rettung unschuldig verfolgter und gemarterter Menschen, man hört auch wieder von Fällen unerhörter Härte und Grausamkeit. Wer aber nicht selbst in der Flüchtlingshilfe tätig ist, weiß wenig von der Schwierigkeit und Kompliziertheit ihrer Probleme, von dem, was von öffentlicher und privater Seite getan wurde, und von dem Vielen, was noch zu tun bleibt. Hier bringt die Flugschrift des Genossen Fritz Baumann eine Aufklärung, die nicht genug zur Kenntnisaufnahme empfohlen werden kann. Aus Geist und Herzen geschrie-

ben, bleibt diese Darstellung doch sachlich und nüchtern, ohne nutzlose Polemik, das Geleistete anerkennend, aber auch ohne Scheu vor der Feststellung der Mängel in der bisherigen Praxis der Behörden. — Die Schrift sollte von jedem Schweizer gelesen und beherzigt werden, und nicht nur das: sie sollte jedem Beamten, der sich mit Flüchtlingsfragen zu befassen hat, zur Pflichtlektüre gemacht werden. st.

ARBEITER- BEWEGUNG

Bewegung in den Gewerkschaften

Der VPOD führte vom 29. bis 31. Mai in Lugano einen von 256 Delegierten aus 127 Sektionen besuchten, durch lebhaftige Diskussion und energische Stellungnahme zu den Tagesproblemen gekennzeichneten *Verbandstag* durch. Die kraftvolle Unterstützung der Initiative für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* wurde gemäß Antrag der Verbandsleitung einmütig gutgeheißen, ebenso ein im Anschluß an das Hauptreferat des Verbandssekretärs Hans Oprecht von Loepfe, Winterthur, gestellter Antrag:

«Der Verbandstag des VPOD fordert von den zuständigen Behörden die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei und der Fédération Socialiste Suisse». —

Zu gleicher Zeit tagte in Bern der *Kongreß des SEV*, von nicht weniger als 470 Delegierten und Gästen besucht. Auch hier stellte der Hauptreferent, Generalsekretär Robert Bratschi, unter allgemeiner Zustimmung fest: «Weil wir glauben, daß eine Änderung nötig ist, unterstützten wir die Initiative für die Wirtschaftsreform und die Rechte der Arbeit. Sie ist ein ernsthafter Versuch, neue Wege zu gehen, nachdem die bisherigen von einer Katastrophe in die andere geführt haben». — In Entschließungen zur Teuerungszulage und Preis- und Lohnpolitik wurde unter anderem gefordert:

«Angesichts der Höhe und der langen Dauer der Teuerung, angesichts auch der hohen Anforderungen, die ununterbrochen an das Personal der schweizerischen Bahnen

gestellt werden, muß der Ausgleich als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Der Kongreß beauftragt die Verbandsleitung, darauf zu dringen, daß spätestens im Laufe des Herbstes in Form erhöhter Zulagen ein besserer Ausgleich der Teuerung herbeigeführt wird.»

Der neu konstruierte eidgenössische «*Ausgabenindex*» wurde mit folgendem Beschluß *abgelehnt*:

«Die Eidgenössische Lohnbegutachtungskommission (LBK) hat einen neuen sogenannten ‚Ausgabenindex‘ berechnet. Der neue ‚Index‘ hat den Zweck, für den nur teilweisen Ausgleich der Teuerung bei den Lohneinkommen eine theoretische Begründung zu liefern.

Der neue ‚Index‘ ist wissenschaftlich umstritten. *In seiner Konsequenz führt er zu groben Ungleichheiten in der Behandlung der verschiedenen Kreise unseres Volkes, und zwar zuungunsten der wirtschaftlich Schwächsten.*

In Übereinstimmung mit den Fachkreisen der Sozialstatistik und mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen lehnt der Kongreß den neuen ‚Index‘ ab.»

Jugend im Vormarsch

Der in *Bellinzona* am 20. Juni durchgeführte *Kongreß der Tessiner Jungsozialisten* wird mit Recht in der «*Libera Stampa*» als *magnifico* bezeichnet. Die Federazione Giovanile Socialista Ticinese, seit Monaten die aktivste und im Vergleich mit den objektiven Bedingungen die stärkste und erfolgreichste unserer Jugendgruppen, war durch über 50 Delegierte aus 11 Lokalsektionen vertreten. Sie diskutierte und beschloß ein neues, der weiteren Entfaltung und der Zusammenarbeit mit der Gesamtpartei dienendes Statut und stellte einen Arbeitsplan für die kommende Kampfzeit auf. Zur schweizerischen Politik wurde einstimmig und mit Akklamation der folgende Beschluß zuhanden der SPS gefaßt:

«Der Kongreß ersucht die SPS, beim Bundesrat und in den eidgenössischen Räten dahin zu wirken, daß das Verbot der KPS und der FSS aufgehoben wird.»

Parteitag der SPS in Sicht

Gemäß Beschluß des *Parteivorstandes der SPS*, der am 26. und 27. Juni in Zürich getagt hat, wird der *Ordentliche Parteitag* der SPS auf den 4./5. September 1943 nach Winterthur einberufen. Dieser an der Schwelle des fünften Kriegsjahres zusammentretende Kongreß wird nicht nur die statutarischen Geschäfte wie Bestimmung des Vorortes, Wahl der Parteibehörden, Berichtabnahme usw. zu behandeln, sondern auch zu einer Reihe von aktuellen und vieldiskutierten politischen Fragen Stellung zu nehmen haben. Einige dieser Probleme kommen in den folgenden, vom Parteivorstand beschlossenen Anträgen zum Ausdruck:

I.

Zur Frage der Geschlossenheit und Disziplin der Partei

Im Blick auf den Ernst der gegenwärtigen Situation, auf die kommende politische und wirtschaftliche Entwicklung und auf die aus dieser Lage der Arbeiterbewegung erwachsenden Aufgaben richtet der Parteitag an alle Vertrauensleute und an die gesamte Mitgliedschaft den Appell zu größter Geschlossenheit, Aktivität und Disziplin. Er bestätigt ausdrücklich die folgenden vom Parteitag 1936 beschlossenen Grundsätze:

«Für die Durchführung der Politik der SPS gilt: Weitgehende Freiheit in der Diskussion, größte Geschlossenheit in der Aktion.

Die Diskussion vollzieht sich in den Parteisektionen und in der Parteipresse. Kein Parteigenosse darf zur Verantwortung gezogen werden, wenn er im Rahmen des Parteiinteresses und im Stadium der Diskussion Parteiprobleme in den Parteisektionen und in der Parteipresse sachlich und ohne Rücksicht auf Personen erörtert. Die Willensbildung der Partei vollzieht sich auf dem Parteitag oder im Parteivorstand. Die Beschlüsse dieser Organe sind verbindlich.

Der Parteivorstand ist, nach dem Parteitag, das oberste politische Organ der SPS. Seine Beschlüsse sind bindend, wenn nicht ein Parteitag anders beschließt. Sie haben bis zum Beschluß des Parteitages Parteigeltung.»

Im Geiste dieser Grundsätze sind alle Kräfte der Partei unablässig für die Ziele der Sozialdemokratie einzusetzen.

II.

Zum Verbot der FSS, der KPS und der SJS

Der Parteitag fordert die Aufhebung der Verbote der KPS, der FSS und der SJS. Das Vereinsrecht gehört zu den verfassungsmäßig garantierten Grundrechten. Eine Einschränkung dieser Rechte ist auch in Zeiten der Kriegsgefahr nur zulässig, wenn und soweit durch den Mißbrauch dieser Rechte die verfassungsmäßige Ordnung oder der Bestand des Staates ernstlich gefährdet sind. Diese Voraussetzungen sind in bezug auf die KPS, die FSS und die SJS nicht gegeben. Die Aufrechterhaltung der Verbote kann deshalb weder aus rechtlichen noch aus politischen Gründen gerechtfertigt werden. Die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte dieser Organisationen und ihrer Presse ist ein Gebot der politischen Gerechtigkeit und damit des wohlverstandenen Schutzes unserer Demokratie.

Die Zulassung der sogenannten «Genfer Arbeiterpartei», der Ersatzorganisation der verbotenen FSS, beweist, daß das Verbot der FSS weder gerechtfertigt, noch praktisch durchführbar ist.

III.

Zu den Aktionen auf Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft

Die Erfahrungen und Kämpfe der schweizerischen Arbeiterbewegung lehren eindeutig, daß in unserem Lande nur der Zusammenschluß zu *einer* politischen Partei und zu *einer* gewerkschaftlichen Gesamtorganisation praktische und dauernde Erfolge bringen kann. SPS und SGB haben, gemeinsam mit den aus ihrer Mitte hervorgegangenen Arbeiterkulturverbänden, die bisherigen Errungenschaften des werktätigen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete erkämpft. Sie werden in der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre ganze Kraft im Kampfe um weitere entscheidende Erfolge einsetzen. Jede Zersplitterung kann dabei die Zielklarheit und Schlagkraft der politischen Bewegung nur hemmen. Darum lehnt die SPS

Verhandlungen mit Splitterparteien über Fusion, Einheitsaktion oder Einheitsfront ab.

Wenn die Mitglieder der KPS, der FSS und der SJS die Einheit ehrlich wollen, so haben sie im Interesse der Gesamtarbeiterschaft ihre Sonderorganisationen in jeder Form zu liquidieren und sich alsdann, unter Achtung der Grundsätze, Statuten und Beschlüsse der SPS ihr anzuschließen. Die SPS heißt jeden ehrlichen Sozialisten und loyalen Mitkämpfer in ihren Reihen willkommen.

SCHWEIZERCHRONIK

16. Mai: Die Volksabstimmung im Kanton Zürich verwirft bei schwächster Stimmbeteiligung das Gesetz über das Lohnamt, die übrigen Vorlagen werden angenommen. — Bundesrat Stampfli kündigt am Wattwiler freisinnigen Volkstag verschärfte Maßnahmen gegen die Kommunisten an.
17. Mai: Der Landwirtschaftsdirektor des Kantons Uri wird wegen persönlicher Vernachlässigung der Anbaupflicht verurteilt. — Bombenabwurf durch fremde Flieger auf offenes Gelände bei Seebach.
18. Mai: Vollmachtenbeschluß des Bundesrates ermöglicht die Zwangsausbürgerung unwürdiger Schweizer im Ausland. — Schwere Korruptions- und Schwarzhandelsaffäre bei der aargauischen Lebensmittelrationierungsstelle.
19. Mai: Kirchenbrand in Thalwil. — Das Eidgenössische Kriegsernährungsamt stellt fest, daß sich das landwirtschaftliche Kapital zurzeit «durchaus befriedigend» verzinst.
20. Mai: Rationierung von Schokolade und Confiseriewaren.
21. Mai: Die Eidgenössische Lohnbegutachtungskommission empfiehlt eine Lohnanpassung von 26 bis 38 Prozent, um allen Arbeitnehmern die Einlösung der Lebensmittelrationen zu ermöglichen. — Das Territorialgericht 2 A verhängt hohe Zuchtstrafen für Landesverräter.
22. Mai: Der Ausweis der Schweizerischen Nationalbank nennt einen Zuwachs von Gold um 2 Millionen auf 3717,2 Millionen Franken, von Devisen um 5,4 Millionen auf 71,5 Millionen Franken.

25. Mai: Auflösung der landesverräterischen «Eidgenössischen Arbeiter- und Bauernpartei» durch den Bundesrat.
26. Mai: Ablehnung der Quellensteuer und Zustimmung zur Verrechnungssteuer in der nationalrätlichen Vollmachtenkommission. — Aufdeckung schwerer Unterschlagungen bei der Zürcher städtischen Versicherungskasse.
28. Mai: Stellungnahme des Schweizerischen Eisenbahnverbandes gegen die Forderung eines allgemeinen Preis- und Lohnstopps. — 45 Personen wegen Gerüchtemacherei zu Gefängnisstrafen bedingt verurteilt.
30. Mai: Das Zentralkomitee der KPS nimmt die Auflösung der Kommunistischen Internationale zur Kenntnis und beschließt den Anschluß an die FSS Nicoles.
5. Juni: Ankündigung verschärfter Brennstoffrationierung für den kommenden Winter. Priorität von Industrie und Gewerbe auf Kosten der privaten Raumheizung. — Austritt des Nationalrates H. K. Sonderegger aus dem Schweizerischen Freiwirtschaftsbund aus «Gründen persönlicher Art».
7. Juni: Beginn der Sommersession des Nationalrates. — Skandal um die Veröffentlichung kompromittierender Briefe H. K. Sondereggers aus dem Jahre 1940, worin führende Politiker zur Teilnahme an einem Staatsstreich zwecks Annäherung an die Achse aufgefordert werden.
10. Juni: Sonderegger verzichtet auf die Ausübung seines Mandates während der laufenden Nationalratssession.
11. Juni: Petitionsbegehren zugunsten der verbotenen Arbeiterorganisationen und ihrer verurteilten Führer Hofmaier, Nicole, Woog und Graisier mit rund 80 Unterschriften abgeschlossen. — Rückgang der Arbeitslosenziffer auf 3728.
13. Juni: Auflösung einer Zusammenkunft von Mitgliedern verbotener Linksparteien in Genf auf Weisung der Bundesanwaltschaft.

KRIEGSTAGEBUCH

16. Mai: Zerstörungs- und Störaktionen der alliierten Luftwaffe über Berlin und norddeutschen Küstenstädten.

- Deutsche Vergeltungsflüge gegen Sunderland. — Organisation eines geheimen «Widerstandsrates» im besetzten Frankreich.
17. Mai: Sprengung der Möhne- und Edertalsperre, der beiden größten Stauwerke des Ruhrgebietes, durch die RAF. — An der Ostfront Angriffe der Deutschen bei Noworosijsk, der Russen bei Lisitschansk.
 18. Mai: Beginn der interalliierten Ernährungskonferenz in Hot Springs. — Unaufhörliche Luftangriffe gegen italienische Hafenstädte. — Amerikanischer Handstreich gegen die Japaner auf der Insel Attu.
 19. Mai: Rede Churchills vor dem amerikanischen Kongreß. Forderung größter Kraftentfaltung und Warnung vor Unterschätzung des Gegners.
 20. Mai: Schwere Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen gegen serbische Partisanen. Erschießung von 400 Geiseln in Belgrad. — Todesurteile in Norwegen. — Eden kündigt Verschärfung der alliierten Luftangriffe an.
 21. Mai: Tod des japanischen Generalissimus Yamamoto. — Alliierte Bombardierungsflüge über Süditalien, Norddeutschland und den besetzten Westgebieten.
 22. Mai: Auflösung der Kommunistischen Internationale durch das Moskauer Exekutivkomitee. Aufruf an die nationalen Parteien zur Verschärfung des Kampfes gegen Faschismus und Nationalsozialismus.
 23. Mai: Streik der Gruben- und Kautschukarbeiter in den USA. — Schwere alliierte Luftangriffe gegen Süditalien und Sizilien. — Massenerschießungen in Holland.
 24. Mai: Vernichtender Bomberangriff auf Dortmund.
 25. Mai: Beginn einer neuen japanischen Offensive gegen China. — Zusage vermehrter Lebensmittellieferungen an Rußland durch die USA.
 26. Mai: Alliiertes Großangriff mit 500 Bombern auf Düsseldorf. — Warnung Churchills an Italien vor einer Intensivierung der alliierten Angriffe.
 27. Mai: Bombardierung der Zeißwerke in Jena. — Russische Offensive gegen den Kubanbrückenkopf.
 28. Mai: Schwerer Luftangriff auf Essen. — Neue Terrormaßnahmen der Deutschen im besetzten Holland.
 29. Mai: Teilweise Zerstörung von Elberfeld durch die alliierte Luftwaffe. — Flucht des französischen Generals Georges nach Algier. — Zusammenkunft Girauds mit de Gaulle.
 30. Mai: Anschluß der in Alexandrien liegenden französischen Flotte an die Alliierten. — Pausenlose Luftangriffe gegen italienische Hafen- und Industriestädte.
 31. Mai: Annäherung der uneinigen französischen Generäle bei den politischen Besprechungen in Algier. — Neue Attentate in Bulgarien. — Sabotageakte im besetzten Belgien.
1. Juni: De Gaulle zum Vorsitzenden des Exekutivausschusses ernannt. — Verschärfung des amerikanischen Grubenarbeiterstreiks. — Deutsche und russische Offensivvorbereitungen an der Ostfront.
 2. Juni: Merkliche Schrumpfung der Erfolgswerte der Achsen-U-Boote. — Umbildung des italienischen Generalstabes. — Zwangsrekrutierungen der Deutschen in den besetzten Gebieten.
 3. Juni: Erbitterter Kampf um die Luftherrschaft über der Ostfront. — Vollkommene Einigung Girauds und de Gaulles in Algier. Gemeinsame Leitung des Exekutivausschusses. — Britische Luftangriffe auf die italienischen Inselstützpunkte im Mittelmeer.
 4. Juni: Sturz der Regierung Castillo in Argentinien. Übernahme der Gewalt durch die Generäle Rawson und Ramirez. — Voraussichtliche Annäherung an die Alliierten. — Schwerer Luftangriff der Russen auf Orel.
 5. Juni: Gesetzliche Maßnahmen gegen die Streiks in den USA. — Niederlage der Japaner bei Itschang. — Spannung in den britisch-spanischen Beziehungen.
 6. Juni: Scharfe Rede Goebbels' gegen Meckerer und Miesmacher. Drohungen gegen England. — Spanischer Aufruf zur «Humanisierung» des Krieges. — Schwere Zerstörungen im Hafen von Spezia durch alliierte Luftangriffe.
 7. Juni: Französische Kabinettsbildung in Algier. Bildung eines Kriegs-

- komitees zur Befreiung des Mutterlandes. — Rücktritt der chilenischen Regierung.
8. Juni: Warnung der Alliierten an die Achse vor etwaigen Plänen zum Beginn des Gaskrieges. — Zunehmende Tätigkeit der russischen Partisanen hinter der deutschen Ostfront.
 9. Juni: Protest der holländischen Bischöfe gegen die Massendeportationen nach dem Osten durch die deutschen Besatzungsbehörden. — Invasionsangriff der Alliierten gegen Pantelleria.
 10. Juni: Beschießung der italienischen Inselfestung Pantelleria durch die britische Flotte. — Provisorische Einigung im amerikanischen Bergarbeiterkonflikt.
 11. Juni: Kapitulation von Pantelleria. Angriffe der Alliierten auf die Achsenstützpunkte Lampedusa und Limosa. — Deutscher Luftangriff auf die Rüstungswerke von Gorki. — Massenstart russischer Bomber gegen die deutschen Nachschublinien und Flugplätze.
 12. Juni: Neue Großangriffe der RAF auf Bochum und Düsseldorf. — Kapitulation von Lampedusa.
 13. Juni: Tagesangriff amerikanischer Bomber gegen Kiel und Bremen. — Rücktritt des ungarischen Kriegsministers.
 14. Juni: Außenpolitische Erklärungen des türkischen Ministerpräsidenten und erneute Zusicherung der Neutralität.
 15. Juni: Ankündigung einer Periode «festen Zupackens im Innern» durch die faschistische Parteileitung Italiens. — Pfingstkongreß der Labourpartei. Neues Bekenntnis zum politischen Burgfrieden während des Krieges. Aufsehen erregende Resolution betreffend völlige Entwaffnung und langdauernde Kontrolle und «Erziehung» des deutschen Volkes nach dem Kriege. — Britische Luftangriffe auf das Ruhrgebiet. — Todesurteile im Elsaß.
-